

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 11

Artikel: Die Akte der Anklage : zu einem neuen Memorandum der sowjetischen Opposition
Autor: Tarsis, Valerij
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095306>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Valerij Tarsis

Die Akte der Anklage

Zu einem neuen Memorandum der sowjetischen Opposition

Valerij Tarsis stellt hier ein neues Samisdat-Dokument vor, das er weitgehend für sich selbst sprechen lässt. Wörtlich zitierte Stellen sind hier halbfett wiedergegeben und textliche Zusammenfassungen in normaler Schrift. Die kursiv gesetzten Abschnitte dagegen enthalten Anmerkungen, Wertungen und Meinungsäußerungen von Valerij Tarsis.

In der ersten Nummer der Zeitschrift «Wolnoje slowo» (Freies Wort), die seit Anfang dieses Jahres in Frankfurt am Main herausgegeben wird zur ausschliesslichen Veröffentlichung von Samisdat-Material, ist ein historisches Dokument enthalten, ein Dokument von Bedeutung auch für die übrige Welt:

«Memorandum der Demokraten an den Obersten Sowjet der UdSSR über die ungesetzliche Machtergreifung durch die Führung der KPdSU und ihre antikonstitutionelle Tätigkeit.»

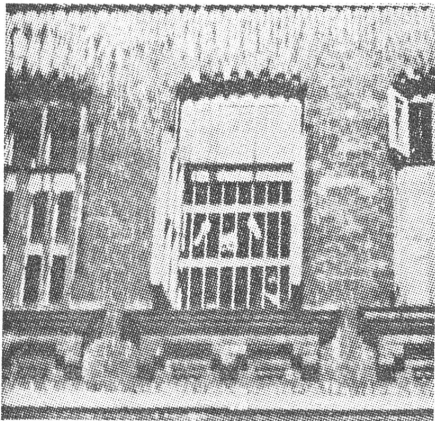
«Alle Macht den Räten» ... weggenommen!

Schon in der Präambel erklären die Autoren des Memorandums:

«Die Führung der KPdSU hat, indem sie die Macht usurpierte, die rechtens den Sowjets gehörte, dadurch die Völker der Sowjetunion der Souveränität beraubt.»

Weiter folgt eine Aufzählung zahlreicher Verbrechen, die die Sowjetmacht als gefügiges Werkzeug in den Händen der Partei begangen hat. Das Memorandum warnt:

«(Nur) der Prozess der Befreiung der Gesellschaft von ihren Fesseln, ihre Demokratisierung und als deren Folge die Hebung des materiellen Wohlstands wird die (sonst) unvermeidliche zerstörerische revolutionäre Explosion verhüten,



Der Maler Jurij Titow (er hatte 1962 die erste Ausstellung abstrakter Malerei in der UdSSR veranstaltet) hinter den Gittern der psychiatrischen Anstalt Kaschtschenko in Moskau. Man hatte ihn letztes Jahr ins Irrenhaus gesperrt, nachdem er als Nichtjude bei einer Gruppe von Juden vorgefunden worden war, die für Freizügigkeit demonstrierte. Ueber das Schicksal Titows hat sein Freund Valerij Tarsis in ZB Nr. 18/1971 berichtet.

die wegen des Despotismus der Führung der KPdSU und der vertieften Krise in Wirtschaft, Kultur und Moral heranreift.»

Das sowjetische Gesellschaftssystem in Praxis entspricht nicht der Verfassung, deren Artikel 2 besagt, dass «die politische Grundlage der UdSSR die Räte der Deputierten darstellen». Das «Statut der KPdSU», angenommen 1961, hebt diese Grundlage durch die Erklärung auf, die KPdSU stelle «die höchste Form der gesellschaftlich-politischen Organisation, die leitende Kraft der sowjetischen Gesellschaft» dar.

Auf diese Weise werden der Führung der KPdSU überstaatliche Funktionen verliehen, was die Verfassung in Wirklichkeit zum reinen Wisch macht. Tatsächlich bestimmt die KPdSU die Tätigkeit aller Institutionen im Lande bis in die kleinsten Einzelheiten, verteilt ihre Kader allüberall, kontrolliert das ganze geistige Leben des Landes, «zensiert die Wissenschaft, Literatur und Kunst», und unterhält zur Verwirklichung ihrer Ziele einen gewaltigen Polizeiapparat der Unterdrückung, der für die Repression gegen die Bevölkerung eingesetzt wird. Bekanntlich sind Millionen Unschuldiger zu Opfern dieser Polizeimaschine geworden.

Im Ergebnis kam eine neue regierende Klasse der Partielite zustande, die über unbeschränkte Macht verfügt und über das ganze Volksvermögen waltet als wäre es ihr Privatbesitz. Die Arbeiterklasse und die Bauern werden unterdrückt und spielen praktisch keine Rolle; ihr Lebensstandard liegt beträchtlich unter dem des Westens, und sie sind der Möglichkeit des Protests (z. B. durch Streiks) beraubt.

«Sozialistische Wirtschaft» oder «Staatsmonopolkapitalismus»

Der Begriff «sozialistische Wirtschaft» hat seinen Sinn eingebüsst: faktisch praktiziert der Staatsmonopolkapitalismus eine unerhörte Ausbeutung des gesamten Volkes. **«Die Arbeiter sind Lohnarbeitskräfte geblieben, ohne Verfügungsrecht in Produktion und Verteilung.»**

In einer noch schlechteren Lage befinden sich die Kolchosen, in denen die schlimmste Form der Versklavung durchgeführt wurde, als deren Folge die Kolchosniki noch heute darben und einige Millionen Hungers gestorben sind. Die Wirtschaftsführung ist derart unklug, dass die Landwirtschaft vor einer Katastrophe steht.

Die sog. sozialistische Planung wird chaotisch betrieben, ohne Rücksicht auf die realen Möglichkeiten. So wurden z. B. die Kontrollziffern

für 1970 dreimal geändert. Die Kraftwerke sollten ursprünglich etwa 1 Billion kWh Strom produzieren, dann wurde diese Ziffer auf 830 Milliarden herabgesetzt; schliesslich kam sie bei 740 Milliarden kWh zu stehen. Aehnliche Manipulationen erlitten auch die Pläne für Walzstahl, die Kohle- und Erdölgewinnung, die Zement- und Düngerproduktion, vor allem aber für die Herstellung von Konsumgütern.

Theorie und Praxis der Staaten- und Völkergemeinschaft

Das 2. Kapitel des Memorandums stellt fest, dass die Staatsform der UdSSR der Bevölkerung faktisch aufgezwungen wurde.

Artikel 13 der Verfassung spricht vom Recht der Nationen auf Selbstbestimmung bis zur Sezession. Doch das sind leere Worte. Es fand kein Referendum der Nationen statt. Hingegen dient als Beweis des Widerwillens, sich in die Union einzuordnen, der bewaffnete Widerstand der Ukraine, Weissrusslands, Georgiens, Armeniens, Aserbajdschans, Litauens, Lettlands, Estlands, der Moldau und Tuwas, von 1918 bis 1921.

Den Beweis des Widerwillens auch der russischen Nation, Bestandteil bzw. Subjekt der «Sozialistischen Sowjetunion» zu werden, erbrachte der ebenso lange anhaltende und bis aufs letzte sich wehrende bewaffnete Widerstand der «Weissen» gegen die «Roten», d. h. der grosso modo russischen Verbände und Freiwilligentruppen. Dies sei der Vollständigkeit halber ergänzt.

Unbedingt muss auch auf die Tatsache hingewiesen werden — so weiter das Memorandum —, dass nach dem 2. Weltkrieg die bewaffnete Résistance in der westlichen Ukraine, der Moldau, Lettland, Litauen, Estland und im Kaukasus erst Anfang der fünfziger Jahre endgültig unterdrückt werden konnte. Die «Autonomie» der sog. autonomen Republiken und der Unionsrepubliken ist rein fiktiv. Ihr ganzes Leben und ihre Wirtschaft reguliert bis in die Details das ZK der KPdSU.

Zum Punkt Résistance der verschiedenen Nationalitäten sei ebenfalls ergänzend daran erinnert, dass in der UdSSR bisher über 40 Aufstände gegen das herrschende Regime stattgefunden haben, von denen der bedeutsamste der zwei Jahre fortgeführte Antonow-Aufstand war, an dem etwa 300 000 Menschen teilnahmen, vor allem in den Gebieten Woronesch und Tambow, also Kerngebieten des russischen Bauerntums.

Und was es mit Verfassungsgarantien sonst noch für eine Bewandnis hat

Das 3. Kapitel handelt davon, dass der Oberste Sowjet, der auf der Grundlage von Artikel 30 der Verfassung «das höchste Organ der Staatsmacht» darstellt, in Tat und Wahrheit eine Versammlung von Marionetten ist, die jeder Macht bar sind. Die Wahlen in den Obersten Sowjet sind eine Komödie. Alle Deputierten ernannt nämlich das ZK der KPdSU. Und ebenso werden auch die Regierung und der Ministerrat nicht vom Obersten Sowjet gewählt, sondern vom ZK der Partei bestimmt.

Gericht und Staatsanwaltschaft sind ebenfalls nicht mehr als Marionetten in den Händen der Parteispitze.

«Nicht zur Verantwortung gezogen wurden die

Mörder oder Initianten der Ermordung von so bekannten Funktionären wie Kirow, Ordschonikidse, Tschubarj, Kossior, Rudsutak, Postyschew, Ejche, Wosnessenskij, Kujbyschew... Bis heute befinden sich die Organisatoren blutiger Repressionen, Molotow, Kaganowitsch u. a., in Freiheit... Tausende von Prozessen wurden gesetzwidrig abgehalten, darunter gegen Litwinow und seine Freunde, Sinjawsch, Daniel, Ginsburg, Bukowskij, Grigorenko, die Gorbaneuskaja, Jachimowitsch, Gendler, Gerschuni usw.»

Die politischen Prozesse finden hinter geschlossenen Türen statt, während Artikel 111 der Verfassung öffentliche Gerichtsverhandlungen in allen Gerichten garantiert.

Weiter geht das Memorandum zur Untersuchung der kläglichen Versorgungslage der Bevölkerung über. Viele sind gezwungen, an zwei Stellen zu arbeiten, um genug zum Leben zu verdienen. Insbesondere sind die Pensionierten nicht versorgt. Bei einem Existenzminimum von 70 Rubel monatlich beziehen viele Rentner — vor allem Kolchosniki — Pensionen von 12, 15, 20 oder 30 Rubel im Monat.

Artikel 121 der Verfassung garantiert das Recht auf Bildung. Aber es wird in keiner Weise gewährleistet. In der Regel schaffen es etwa 10 bis 15 Prozent der Studienplatz-Anwärter, auf eine Hochschule zu kommen.

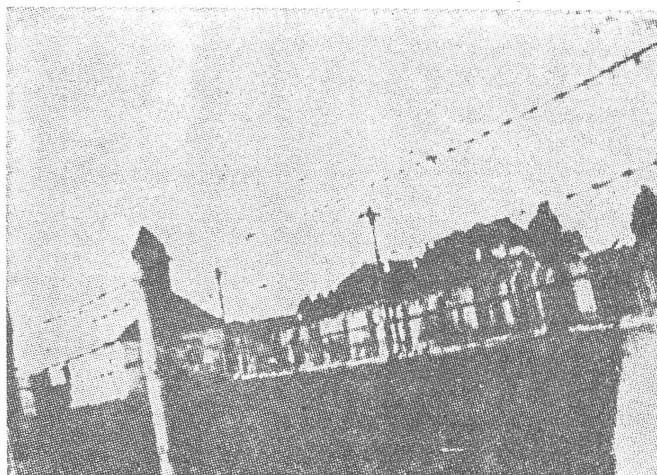
Motiv «grossrussischer Chauvinismus»

Verletzt wird — klagt das Memorandum weiter an — auch Artikel 123 der Verfassung über die Rechtsgleichheit aller Nationalitäten. «Im Lande wird offen der russische Grossmachtchauvinismus gefördert.»

Alle hauptsächlichen Posten im Ministerrat sind mit Russen besetzt. In den Unionsrepubliken sitzen ebenfalls zahlreiche russische Beamte. Ja noch mehr — unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Nationalismus wurden ohne Prozess etwa 5 Millionen Ukrainer, 60 000 Weissrussen, Zehntausende von Moldauern, Balten und Osetinen nach Sibirien verschickt. Manche Völker wurden in globo deportiert — die Wolgadeutschen, Krimtataren, Tschetschenen, Kalmücken, Balkaren, Karatschajewer und Griechen.

Mehrheitlich teilt — ich möchte sagen: zum Glück, und zu ihrem eigenen Glück — die oppositionell eingestellte Intelligenz der Sowjetunion diesen antirussischen Standpunkt nicht. Es ist nicht zu übersehen, dass die Wortführer der DDSS (Demokratische Bewegung der Sowjetunion) hier ganz einseitig sind und ihre Teilwahrheit nur dadurch aufrechterhalten können, dass sie historische Tatsachen ausklammern, was doch gerade die Taktik der faschistischen Herrscherklasse ist und immer gewesen ist. Wir stellen damit keineswegs in Abrede, dass die KP auch gegen die genannten Nationalitäten gerichtet war und ist. Eine Erklärung ist möglicherweise darin zu sehen, dass ein Parteifunktionär russischer Nationalität einem nichtrussischen Bürger zusätzliches Misstrauen entgegenbringt. Wer jedoch die kommunistische Praxis und die Ziele der Partei bloss als «grossrussischen Chauvinismus» versteht, verrät dadurch seine gründliche Unwissenheit bzw. sein Nichtwissenwollen, was das typisch Russische ist — man sehe sich nur die russische Kultur vor dem Oktober 1917 und ihre seither trotz der

Das Mordwinische Lager (für politische Häftlinge) Sch-Ch 385. Ueber die fürchterlichen Lebensbedingungen im riesigen Lagerkomplex der Mordwinischen Republik weiss man vor allem dank der detaillierten Schilderung von Martschenko (siehe ZB Nr. 8/1972) recht genau Bescheid.



kommunistischen Kulturpolitik gegliederten Aeusserungen an.

In Blüte steht der Antisemitismus. Juden werden nicht in Hochschulen wie jene für internationale Beziehungen, Luftfahrt u. ä. aufgenommen. Juden können nicht als Richter gewählt werden. In führender Stellung findet man fast keine Juden.

Ebenfalls der Vollständigkeit halber sei hier angefügt, dass man z. B. im heutigen Riga nicht weniger antisemitisch ist als in russischen Städten, worüber die «Chronik der laufenden Ereignisse», die anerkannt objektive Informationsquelle aus der UdSSR, auch Material brachte.

Die Aufzählung der «garantierten» Freiheiten ist identisch mit der Aufzählung der fehlenden Freiheiten

Verletzt wird weiter Artikel 124 der Verfassung über die Ausübung religiöser Kulte. Drei Viertel aller Kirchen wurden geschlossen und zum Teil zerstört, zum Teil als Lager u. ä. zweckentfremdet. Tausende von Priestern endeten in Konzentrationslagern oder wurden ihres Amtes enthoben.

Der Kirche wurden hohe Steuern auferlegt. Das KGB führt Listen der Gläubigen, welche häufig ihre Arbeit verlieren. Die Freiheit der antireligiösen Propaganda manifestiert sich als zügellose Verleumdung der Rechte der Gläubigen und ihre Verleumdung.

Artikel 125 der Verfassung garantiert die Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlung, der Umzüge und Demonstrationen. Aber «die Geschichte der Herrschaft der KP ist völliges Fehlen dieser Freiheiten», sagt das Memorandum. Das Fehlen der demokratischen Freiheiten gebiert Heuchelei und Verlogenheit. Das Fehlen der Oeffentlichkeit (was nicht alles Parteigeheimnis ist...!) ist bester Nährboden für zügellose Verbrechen. Auf dieser Grundlage sind eben die unwissenden, despotischen Führer aufgewachsen, «die das Land in ein Reservat der sklavischen Unterwürfigkeit und lakaienhaften Speichelleckerei verwandelt haben. Für Kritik an den neuerschienenen Helden des Kommunismus wirft man die Bürger in Gefängnisse, Konzentrationslager und psychiatrische Anstalten. Die Inquisition des Mittelalters war im Vergleich mit der zeitgenössischen kommunistischen Inquisition unschuldiges Kinderspiel... Im

Land wütet die Hexenjagd — überall schnüffeln die zahllosen Spione des KGB, tagen Gerichte, erweitert man die Konzentrationslager, verwandeln sich Aerzte in Gefängniswärter und Henker.»

Wahrheitsgetreue Information ist der Bevölkerung nicht zugänglich. Wichtige Ereignisse werden verschwiegen. Die gesamte Presse steht unter Parteizensur. Ausländische — nichtkommunistische — Zeitungen sind nicht zu kaufen. Die einzige Möglichkeit, wahre Information oder ehrliche Bücher zu veröffentlichen, bietet der illegale Samisdat.

Genau so werden auch auf Schritt und Tritt Artikel 127 und 128 der Verfassung über die Unantastbarkeit der Person, den Hausfrieden und das Briefgeheimnis verletzt. Tausende willkürlicher Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, die Perlustrierung der Briefe sind alltägliche Erscheinungen in der UdSSR.

Solcherart sind die Verbrechen der herrschenden Clique. Indessen — so konstatiert das Memorandum —, die erwählten fehlerhaften organisatorischen Grundlagen, das Fehlen der Freiheit des Wortes schwächen die Position der KPdSU unaufhaltsam:

«Wir erheben Anklage...»

«Das zeigen die Wandlungen, die in der Gesellschaft im Laufe der letzten zehn Jahre vor sich gegangen sind. Der Mythos, der sich ein halbes Jahrhundert gehalten hatte, wird jetzt mehr und mehr bewusst als Täuschung und Bluff erkannt. Das Volk hat endgültig und unwiderruflich den letzten Glauben an die Verwirklichung des Kommunismus verloren... Die Führung der KPdSU, die nicht über intellektuelle Fähigkeiten und Voraussicht verfügt und sich davor fürchtet, die demokratischen Kräfte freizulassen, begibt die dümmsten Fehler in der Wirtschaft und in der Innen- und Aussenpolitik, für die die ganze Gesellschaft teuer zu zahlen hat. Die Führung der KPdSU hat nur ein Ziel — um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Die Interessen des Volkes sind den Interessen der Parteiführung entgegengesetzt.»

Folgende Schlussfolgerung ziehen die Autoren des Memorandums:

«Auf der Grundlage des angeführten Materials

Verträge sind zur Anpassung erwünscht, aber nicht Bedingung

Normalisierung am Beispiel Schwedens

Von Oskar Angelus

In Schweden geht heute ein Prozess vor sich, den der Westen übersieht oder guthisst. Die — heute noch — freie Welt begreift zu ihrem Unglück vieles nicht, was für sie von erstrangiger Bedeutung ist, wie das dedultete Diktat durch den östlichen Imperialismus. «Weltrevolution» nennt sich pathetisch, was in Wirklichkeit reines Streben nach Macht und Besitzerweiterung darstellt.

«Stille Sowjetisierung»

Die politische Entwicklung in Schweden hat seit einiger Zeit den Weg der stillen Sowjetisierung beschritten, den der heutige Staatsminister Palme bei seinem Regierungsantritt 1969 als «jämlikhet» (Gleichheit) bezeichnete. Da die Gleichheit aller Bürger in parlamentarischen Demokratien eine Selbstverständlichkeit ist, musste sie durch ihre Betonung einen besonderen Sinn enthalten. Wie sich herausgestellt hat, lag dieser in der Nationalisierung. Diese unterscheidet sich vom Sowjetsystem, hat jedoch zugleich viel mit ihm gemein, so dass man von einer beginnenden «weichen Bolschewisierung» sprechen kann.

Ihr wirtschaftlich wichtigstes Merkmal sind die Vorbereitungen zur Verstaatlichung des Privatbesitzes in vorerst begrenztem Rahmen. Ihr eifrigster Verfechter ist neben dem ehemaligen Industrie- und heutigen Aussenminister Wickman der Regierungschef Olof Palme.

Als charakteristisches Beispiel sei die Uebernahme der Apotheken angeführt, die am 10. Juni 1968 vom sozialdemokratischen Parteikongress gutgeheissen worden war und mit Einverständnis des Parlaments am 1. Januar 1971 in Kraft trat. Die Resultate sind danach. Als die Absicht der Sozialdemokraten bekannt wurde, senkten die Apotheker die Preise der Medikamente um 2 Prozent. Die Regierung führte trotzdem ihre Absicht aus mit dem gutgemeinten Motiv, durch eine Zentralisierung von Verkauf und Herstellung die Arzneimittel zu verbilligen und unnötige Einfuhren zu stoppen. Anfang Mai dieses Jahres wurde bekannt, dass der Preis von 160 Medikamenten in aller Stille ab 1. Mai um 5 bis 15 Pro-

zent erhöht worden war. Im übrigen ist der Verlust der staatlichen Apothekergesellschaft allein im Laufe ihres ersten Tätigkeitsjahres grösser als das gesamte Aktienkapital von 37,5 Millionen, und der Fonds zur Preisregulierung (25 Millionen) aus der Zeit des Privatbesitzes ist dahin.

Aussenpolitik auf dem Anschlussweg

In der Aussenpolitik sind die Motive nicht einmal gut gemeint.

Das Verhältnis zu den USA verschlechtert sich im gleichen Tempo wie das der UdSSR. Regierung und Presse unterstützen, zum Teil aufgrund falscher Informationen, ausschliesslich Nordvietnam, wie sie das in gleicher Weise mit der DDR tun. Das Motiv für die materielle und moralische Hilfe Nordvietnams bildet die angebliche Unterdrückung des Volkes in Südvietnam und der Wunsch, zu seiner «Befreiung» beizutragen. Ganz abgesehen von den kommunistischen «Befreiungen» stellt sich die Frage, weshalb Schweden sich so stark für die DDR einsetzt. Blüht dort die Freiheit? Wo bleibt die Logik? Ist sie im dialektischen Materialismus untergegangen? Zur Frage der Logik noch eine Randbemerkung. Palme redete vor einigen Wochen von der Möglichkeit eines dritten Weltkrieges. Zur selben Zeit reduziert die Regierung die Stärke der Streitkräfte ganz wesentlich, so dass in militärischen Kreisen die Frage erwogen wird, im Ernstfall Südschweden (Schonen) preiszugeben, um den Rest des Staates irgendwie verteidigen zu können. Und wer ist der potentielle Angreifer? Vielleicht Monaco?

Moskau gefällt die monarchische Staatsordnung Schwedens nicht. Palme auch nicht. Sie hat aber sehr viele Anhänger im Lande, auch unter den Sozialdemokraten; daher kann ihre Liquidierung nur vorsichtig vor sich gehen.

A propos Monarchie: Warum kein Plebiszit?

Der richtige Weg würde über eine Volksbefragung führen (bei der Entscheidung der Frage der Umstellung vom Links- auf den Rechtsverkehr fand 1955 eine «beratende Volksabstimmung» statt). Die kann sich der Staatsminister in der viel wichtigeren Frage einer Aenderung der Verfassung nicht leisten, da der jetzige Monarch, der greise König Gustav VI. Adolf, im Volk sehr populär ist. Bleiben nur Umwege. Die neue von Palme verteidigte Konstitution entmachtet den König vollkommen und macht ihn zur blossen Schattenfigur. Diese Regelung tritt nach dem Tode Gustav VI. Adolfs in Kraft.

Wird das Streikrecht abgeschafft?

Der Streik wird für eine Reihe von Angestellten und Arbeitern (etwa 180 000 Personen) verboten, was in einem sozialistischen Staat tragikomisch anmutet, aber in der Sowjetunion durchgeführt ist, weil in einem Arbeiterstaat ein Ausstand undenkbar sei, da ja die Arbeiter gegen sich selbst streiken würden! Die Dachorganisation der Gewerkschaften, LO, ist bereits in vieler Hinsicht nur noch der verlängerte Arm der Regierung — wie in der UdSSR —, wenngleich äusserlich die Form gewahrt bleibt.

Die Maifeier wurde in diesem Jahr in Stockholm durch eine gemeinsame Manifestation der Sozialdemokraten und Kommunisten eingeleitet. Sie bildete mit 50 000 Teilnehmern — und gemeinsamen Losungen der beiden Parteien — den wahrscheinlich grössten politischen Umzug, der je in Schweden stattgefunden hat.

Der Durchschnittsschwede verhält sich zu allen solchen Erscheinungen mehr oder weniger passiv wie der Durchschnittsdeutsche zu Hitlers Zeiten. Er schweigt und pariert. Was aber dem Deutschen — auch von schwedischer Seite — als Verbrechen angekreidet wurde, gilt in Schweden als politische Weisheit. ■

Unsere Meinung

Die Akte der Anklage

(Fortsetzung von Seite 7)

klagen wir die Führung der KPdSU der verfassungswidrigen Tätigkeit an, die sich

- im ungesetzlichen Ergreifen der Macht,
- in terroristischen Akten gegen die Bürger,
- in der Entfaltung des Klassenkampfes,
- in Verbrechen gegen andere Staaten der Werktätigen (Ungarn, Tschechoslowakei) ...
- in der Verletzung der nationalen Gleichheit usw. äusserste.)

So fordert die DDSS:

- Die Führung der KPdSU zu entfernen,

- im Lande die demokratischen Freiheiten einzuführen,
- alle politischen Gefangenen zu befreien,
- allgemeine demokratische Wahlen durchzuführen,
- eine neue Verfassung zu erlassen.

Die abschliessenden Worte des Memorandums besagen:

«Die Demokraten sind voller Entschlossenheit. Weder Gefängnisse noch KZs noch psychiatrische Anstalten, weder Leiden noch Entbehrungen erschrecken sie. Der Kampf um Freiheit und Demokratie wird sich im kommenden Jahrzehnt ausweiten. Und diesen heiligen Kampf führen wir bis zum siegreichen Ende. Darin sehen wir unsere Pflicht als Bürger. Demokraten! Vereint euch, kämpft, siegt!» ■

Wenn wir durch diese Korrespondenz sozusagen mit dem Finger auf Schweden zeigen, so gilt unser Interesse nicht so sehr dem spezifischen als vielmehr dem symptomatischen Fall. Denn wir zeigen damit lediglich in die Richtung, in die Westeuropa überhaupt geht. Mit unterschiedlichem Tempo, mit Besonderheiten in Gangart und Haltung, gewiss, aber man darf sich von diesen Dingen nicht über die Einheitlichkeit der Grundtendenzen hinwegtäuschen lassen. Der schwedische «Sonderfall» zeigt recht gut an, wohin Genosse Trend uns leitet.

Wir haben in der letzten Nummer (Seite 8: «Die Schutzmacht») Wert auf die Feststellung gelegt, dass die Relevanz der deutschen Ostverträge in ihren innenpolitischen und gesellschaftspolitischen Folgen liegt (wir werden später noch auf